

«Im Grunde ist die Schweiz ein intelligentes Land»

Interview: Philippe Zweifel. Aktualisiert um 12:36 Uhr **90** Kommentare

Wohin führt die Verrohung des politischen Klimas? Germanist Peter von Matt über die aufgeheizte Rhetorik bei der SP und SVP, politische Gewalt und die EU.



«Politik ist ein grosses Geschrei, darf es auch sein»: Germanist Peter von Matt.

Zur Person

Peter von Matt ist der bekannteste Schweizer Germanist. Von 1976 bis 2002 lehrte er Neuere Deutsche Literatur an der Universität Zürich. Der vielfach ausgezeichnete Autor ist u.a. Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung sowie der Akademie der

Herr von Matt, nach dem Überfall auf Hans Fehr orakelte man über einen Zusammenhang zwischen der unzimperlichen SVP-Rhetorik und linker Gewalt. Wie sehen Sie das?

Ich glaube nicht an einen Zusammenhang. Für mich war das ein Ableger der 1.-Mai-Krawalle. Sowieso erachte ich diesen schwarzen Block nicht als ernsthafte politische

Sprache und Dichtung sowie der Akademie der Wissenschaften.

Bewegung, schon eher als eine Art politische Folklore.

Artikel zum Thema

Entlädt sich die Verrohung des politischen Kampfs nicht irgendwann in tatsächlicher Gewalt?

Wenn sich das politische Klima verschärft, ist die Möglichkeit von ungunstigen Entwicklungen da. Je schlechter die Kommunikation zwischen zwei gegensätzlichen Positionen funktioniert, umso grösser ist die Gefahr, dass man auf andere Verfahren – zuletzt auch Gewalt –

ausweicht. Es gibt heute zwei politische Sprachen in der Schweiz, die nicht aufeinander antworten können, weil ihre Wörter, ihre Schlüsselbegriffe nur noch wie Keulen eingesetzt werden. Bei der «Arena», die ich inzwischen nicht mehr schaue, passiert das oft. Statt zuzuhören und zu analysieren, lärmt man sich an, die Argumente werden immer dünner.

Gehören Schlagworte und pointierte Attacken nicht zur politischen Rhetorik?

Da und dort muss man mit Reizwörtern arbeiten. Politik ist ein grosses Geschrei, darf es auch sein. Doch der politische Diskurs sollte auch unterschiedliche Sprachebenen haben, unterschiedliche Ebenen von Differenziertheit. Wenn man die Differenziertheit systematisch unterdrückt und durch plakative Formulierungen ersetzt, kann der andere nicht mehr antworten. Die Folge ist Hilflosigkeit und Lähmung. Es ist wie bei Partnern, die Krach haben und aus Wut zuletzt Teller an die Wand schmeissen – ein Verhalten, das im Grunde ein sprachliches Phänomen ist: Man hört nicht mehr auf das, was der andere sagt, weil man keine Möglichkeit hat, die Informationen aufzunehmen, zu verarbeiten und zu erwidern.

Sind solche Vereinfachungen quer durchs politische Spektrum zu finden?

Natürlich kommt einem zuerst die SVP in den Sinn – Plakativität ist dort eine manifeste Strategie. Aber ich finde auch der Umgang der SP mit dem Begriff «Gerechtigkeit» hat einen Einschlag von Plakativität. Gerechtigkeit ist nichts ein für allemal Evidentes. Natürlich glaubt jeder in seiner Menschenbrust zu spüren, was recht und unrecht ist, vor allem wenn ihm Unrecht widerfährt. Aber wenn der Begriff in die Politik getragen wird, in Fragen von Finanz-, Sozial- oder Steuerpolitik, muss man mit dem Begriff differenzierter umgehen. Sonst haben wir Psycho-Wörter, die bloss der Empörung dienen und dem kritischen Nachdenken entzogen bleiben. Dabei lautet eine Grundfrage doch: Besteht Gerechtigkeit darin, dass alle gleich viel haben – oder alle die gleichen Chancen haben? Das sind zwei ganz verschiedene Begriffe von Gerechtigkeit, mit verschiedenen Konsequenzen im politischen und sozialen Leben. Doch diese Differenz wird nicht diskutiert.

Wieso greift man vermehrt zu solchen Verkürzungen?

Das sind zum Teil Propagandastrategien. Es ist wirkungsvoller, wenn ich vier Wörter habe und die wiederhole, als wenn ich diese Wörter zuerst erklären muss. Nehmen Sie ein Schlüsselwort wie «Freiheit». Ohne dieses Wort geht es nicht in einer Demokratie. Gleichzeitig ist es ein ganz schwieriger und komplexer Begriff. Man weiss doch, wie unsere Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind, durch den Staat, durch die Wirtschaft, durch die Lebensumstände. Wenn nun Freiheit einfach

als etwas dargestellt wird, das sich selbst versteht, das nicht weiter diskutiert und näher bestimmt zu werden braucht, dann können die realen Probleme gar nicht angegangen werden. In Wahrheit drückt man sich so von der Wirklichkeit unserer Welt. Dort, wo etwas geschehen müsste, geschieht dann nichts.

Sehen Sie, was diese Einbahnrhetorik betrifft, historische Parallelen?

Zwar waren die politischen Umstände anders und nicht vergleichbar – doch das ganze Unheil in Deutschland vor Hitlers Machtübernahme beruhte unter anderem darauf, dass die radikale Linke und Rechte nur noch mit Schlachtrufen operiert haben. Es gab keine Vermittlung mehr, die Kommunisten haben das Parlament als Unterdrückungsmassnahme verteufelt, die Nazis auch, einfach mit anderen Argumenten. Die Demokratie, das Parlament, wurde zur Schwatzbude erklärt. Dabei ist gerade das Miteinanderreden in Zeiten der Not eine der höchsten zivilisatorischen Errungenschaften.

Wie ist eine Abkühlung des aufgeheizten Klimas möglich?

Solange das Getöse sich propagandistisch lohnt, solange damit Wählerstimmen generiert werden, kann man nicht viel machen. Höchstens versuchen, nicht zu lärmen, wenn der andere lärmt. Aber ich denke, die Situation wird sich ändern, wenn die Schweiz vor neuen und ernsthaften Problemen steht. Am lautesten streitet man sich heute ja um Luxusprobleme, wie die Diskussion um die Minarette. Im Grunde ist die Schweiz aber ein intelligentes Land, das sich längerfristig nicht mit Schlagwörtern abpeisen lässt.

Was sind denn reale Probleme?

Mir ist schon lange unheimlich, wie sich die Schweiz mit ihrem politischen Alleingang in Sicherheit wiegt. Die EU ist ja kein Monster, das ausserhalb der Schweiz sitzt und uns fressen will. Sondern eine politische und wirtschaftliche Organisation, mit der wir extrem eng verflochten sind. Wir übernehmen immer neue Gesetze der EU, ohne Mitbestimmungsrechte zu haben. Die heutige Situation hat zu einer massiven Reduktion der Selbstbestimmung geführt, aber das wird nie diskutiert. Weil man lieber das Schema vom Bösewicht, der die Schweiz fressen will, kultiviert – eine weitere Problemreduktion. Es geht nicht um die Frage «EU ja oder nein?», sondern darum, wie wir uns zu den Nachbarländern längerfristig verhalten, von denen wir als Handelspartner leben. Da sollten endlich Strategien auf 10, 20 Jahre entwickelt werden. Aber man denkt immer nur bis zu den nächsten Wahlen.

Der Hang zur Problemreduktion wird auch den Medien angekreidet.

Einerseits sind die Medien tatsächlich Verstärker von solchen Prozessen, weil sie ja die Botschaften transportieren, aber einen grundsätzlichen moralischen Vorwurf kann man ihnen deswegen nicht machen. Die meisten von ihnen müssen ja wirtschaftlich denken und besagte Konflikte zwischen Politikern sind attraktiv. Dennoch haben wir für alle, die daran interessiert sind, hochstehende Medien in der Schweiz. (Tagesanzeiger.ch/Newsnetz)

Erstellt: 02.02.2011, 12:36 Uhr

Empfehlen

52 Personen empfehlen das.